



# **NIEDERSCHRIFT**

**über die 14. Sitzung des Stadtrates**

**der Stadt Landau in der Pfalz**

**am Dienstag, 15.12.2015,**

**im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal**

Beginn: 16:00

Ende: 18:15



Anwesenheitsliste

CDU

Cyrus Bakhtari

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burgdörfer

Jürgen Doll

Ralf Eggers ab TOP 2 ö.S. 16.08 Uhr

Rudi Eichhorn

Susanne Höhlinger

Andreas Hott

Dr. Andreas Hülsenbeck

Peter Lerch

Bernhard Löffel

Rolf Morio

Gerhard Mosebach

Dirk Vögeli ab TOP 2 ö.S. 16.08 Uhr

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn ab TOP 5 ö.S. 16.17 Uhr

Hermann Demmerle

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf ab TOP 22 ö.S. 17.49 Uhr

Prof. Peter Leiner ab TOP 12 ö.S. 16.34 Uhr

Florian Maier ab TOP 10 ö.S. 16.25 Uhr

Günter Scharhag

Michael Scheid ab TOP 13 ö.S. 16.40 Uhr



Heinz Schmitt

Armin Schowalter

Magdalena Schwarzmüller

Monika Vogler

Bündnis 90/Die Grünen

Doris Braun

Susanne Follenius-Büssow

Lukas Hartmann

Christian Kolain

Udo Lichtenthäler

Sophia Maroc

FWG

Michael Dürphold

Wolfgang Freiermuth

Linda Klein

ab TOP 17 ö.S. 16.48 Uhr

Hans Volkhardt

UBFL

Bertram Marquardt

Pfeffer und Salz

Dr. Gertraud Migl

Jakob Wagner

FDP

Jochen Silbernagel

Vorsitzender



Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch

Beigeordneter

Rudi Klemm

Berichterstatter

Christine Baumstark	(Hauptamt)
Bernhard Eck	(Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb)
Claus Eisenstein	(Jugendamt)
Michael Götz	(Gebäudemanagement)
Stefan Joritz	(Amt für Recht und öffentliche Ordnung)
Christoph Kamplade	(Stadtbauamt)
Martin Messemer	(Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)
Hans Schlösser	(Rechnungsprüfungsamt)

Sonstige

Joachim Arbogast	(Ortsvorsteher Mörlheim)
Rolf Kost	(Ortsvorsteher Wollmesheim)
Dorothea Müller	(stellvtr. Ortsvorsteherin Mörzheim)
Michael Niedermeier	(Leiter Pressestelle)
Michael Schreiner	(Ortsvorsteher Godramstein)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt

SPD



Hans Peter Thiel

AfD

Myriam Kern



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Ratsmitglied Dr. Migl beantragte, den Tagesordnungspunkt 14 der öffentlichen Sitzung „Innenstadtentwicklungskonzept“ von der Tagesordnung zu streichen. Es habe bisher keinerlei Vorberatung in den Ausschüssen stattgefunden.

Der Vorsitzende betonte, dass dies kein neuer Punkt sei. Bereits seit 2009 berate man hierüber.

Ratsmitglied Hartmann unterstützte den Vorschlag von Frau Dr. Migl und bat darum, den Punkt erst in der Sitzung im Januar zu beraten.

Ratsmitglied Lerch sah die Vorlage im Gesamtkompendium noch nicht entscheidungsreif. Wenn man dem zustimmen solle, dann wolle man es auch begreifen und verstehen.

Der Vorsitzende entgegnete, dass er die Vorlage heute einbringe und es dann im Januar beschlossen werde.

**Der Stadtrat stimmte diesem Verfahren einstimmig zu.**

Der Vorsitzende bat darum, den Punkt 10 der Tagesordnung „Änderung der Satzung zur Benutzung des Krematoriums“ von der Tagesordnung zu nehmen.

**Der Stadtrat stimmte dem einstimmig zu.**

Damit bestand folgende Tagesordnung:

## **T a g e s o r d n u n g**

### **Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g**

1. Einwohnerfragestunde
2. Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz und Entscheidung über die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2009  
Vorlage: 060/033/2015
3. Wirtschaftsplan 2016 Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH  
Vorlage: /023/2015
4. Neubesetzung von Ausschüssen; Wahl eines stellvertretenden Mitglieds in den Verwaltungsrat der Sparkasse Südliche Weinstraße  
Vorlage: 100/181/2015
5. Schaffung von weiteren zusätzlichen Stellen beim Jugendamt im Zusammenhang mit der aktuellen Flüchtlingssituation  
Vorlage: 110/440/2015
6. Besetzung der ausgeschriebenen Stellen im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation  
Vorlage: 110/446/2015
7. Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz



- 3 Gemeindeordnung  
Vorlage: 240/034/2015
8. Kommunales Investitionsprogramm 3.0 Rheinland-Pfalz (KI 3.0)  
Vorlage: 240/036/2015
9. Satzungen der Stadt Landau in der Pfalz über die Einrichtung gemeinnütziger Vermögensmassen  
a) „Ein- und Aufbauten Grüngürtel Süd“  
b) „Ein- und Aufbauten Parkanlage Grüne Fuge“  
Vorlage: 200/212/2015
10. Änderung der Friedhofssatzung und der Friedhofsgebührensatzung  
Vorlage: 300/101/2015
11. Änderung der Sondernutzungssatzung Steuerung der Werbeanlagen im Straßenbild  
Vorlage: 300/102/2015
12. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Konversion Landau Süd; Gestaltungssatzung für den Bereich „Wohnpark Am Ebenberg“  
Vorlage: 610/384/2015
13. Städtebau-Förderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“; - Beschluss des Innenstadtentwicklungskonzeptes, - Beschluss der Ausweisung eines Stadtumbaugebietes für einen Teilbereich der Innenstadt („Aktives Stadtzentrum Landau“)  
Vorlage: 610/393/2015
14. Aufhebung der "Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die förmliche Festsetzung des Sanierungsgebietes 'Altstadt Landau Süd-West'"  
Vorlage: 610/388/2015
15. Bebauungsplan „DH 7 – Erweiterung Gewerbegebiet Im Grein“ der Stadt Landau in der Pfalz; Satzungsbeschluss  
Vorlage: 610/389/2015
16. Bebauungsplan "ND 9 - Oskar-von-Miller-Straße"; Aufstellungsbeschluss  
Vorlage: 610/391/2015
17. Änderung des Vertrages über die gemeinsame Vergabestelle im Verkehrsverbund Rhein-Neckar  
Vorlage: 660/100/2015
18. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Resolution zur Solidarisierung mit den Studierendenprotesten  
Vorlage: 101/309/2015
19. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Raumnot der Universität in Landau  
Vorlage: 101/311/2015
20. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Ausweitung der Sondernutzung für Außenbewirtung  
Vorlage: 101/308/2015
21. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Wohnungsbau Alter Messplatz  
Vorlage: 101/310/2015



22. Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für Flüchtlinge und Asylbewerber innerhalb der Stadtverwaltung  
Vorlage: 101/312/2015
23. Verschiedenes

### **Nichtöffentliche Sitzung**

### **Öffentliche Sitzung**

24. Ernennung des Oberbürgermeisters, Vereidigung und Einführung in das Amt
25. Ernennung des 1. hauptamtlichen Beigeordneten (Bürgermeister), Vereidigung und Einführung in das Amt





Öffentliche Sitzung



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)**

**Einwohnerfragestunde**

Herr Dubronner fragte, ob die Unterflurbehälter in der Gerberstraße mittlerweile mal gereinigt wurden. Weiter wollte er wissen, wer für die Reinigung der Straßen zuständig sei.

Der Vorsitzende sicherte zu, dass er die Fragen an den Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb weitergeben werde.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)**

**Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz und Entscheidung über die Entlastung des Oberbürgermeisters, des Bürgermeisters und der Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2009**

*Oberbürgermeister Schlimmer, Bürgermeister Hirsch und Beigeordneter Klemm waren gemäß § 22 GemO befangen und nahmen an der Beratung und Abstimmung nicht teil. Den Vorsitz übernahm das älteste Ratsmitglied, Herr Günter Scharhag.*

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Rechnungsprüfungsamtes vom 11. November 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Morio, Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses, gab einen Bericht zur Prüfung der Jahresrechnung. Die Prüfung sei nicht ganz einfach gewesen, da die Vorgänge 6 Jahre zurückliegen. Dies sei ein klarer Gesetzesverstoß, den man seit Jahren rüge. Man habe sich sehr intensiv mit dem Jahresabschluss beschäftigt, gestellte Fragen seien von der Verwaltung beantwortet worden. Es habe keine wesentlichen Beanstandungen gegeben. Bemerkenswert sei noch, dass sich der Fehlbetrag auf 9,3 Millionen Euro verringert habe. Man empfehle dem Stadtrat, den Jahresabschluss 2009 festzustellen und dem Stadtvorstand Entlastung zu erteilen.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Auffassung, dass die Controllingstelle nicht bei der Finanzabteilung, sondern separat angesiedelt sein sollte.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass er sich wegen der nicht zeitgemäßen Vorlage des Jahresabschlusses enthalten werde.

Ratsmitglied Wagner teilte mit, dass er sich wegen des langen Zeitraumes ebenfalls enthalten werde.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 2 Enthaltungen:

- a) die Feststellung des Jahresabschlusses der Stadt Landau in der Pfalz für das Haushaltsjahr 2009 sowie**
- b) die Entlastung des Oberbürgermeisters und der Beigeordneten für das Haushaltsjahr 2009**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)**

**Wirtschaftsplan 2016 Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH**

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage der Stadtholding vom 24. November 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Hirsch erläuterte die Vorlage. Der Wirtschaftsplan weise ein Defizit von 2,9 Millionen Euro aus. Dies sei ohne die Dividende der Energie Südwest. Die Herausforderung werde sein, dass die Energie Südwest aufgrund der Investitionen in die regenerativen Energien weniger Zuwendungen machen werde. Man habe hierfür Vorsorge getroffen, so dass man einige defizitäre Jahre verkraften könne.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**dem Oberbürgermeister zu empfehlen, in der Gesellschafterversammlung, den Wirtschaftsplan 2016 für die Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH mit folgenden Ansätzen festzulegen:**

1. Erfolgsplan	T€	T€
<b>Summe der Erträge</b>		
- Betriebserträge	3.293	
- Zuwendungen	91	
- sonstiger Ertrag (ZZV)	53	
- Ergebnisübernahme	<u>1</u>	3.438
<b>Summe der Aufwendungen</b>		
- Betriebsaufwand	6.354	
- Finanzaufwand	<u>0</u>	6.354
<b>Gesamtergebnis 2016</b>	T€	-2.916

**2. Vermögensplan 2016**

<b>Summe der Einnahmen</b>	<b>3.936</b>
<b>Summe der Ausgaben</b>	<b>3.936</b>

**3. Stellenübersicht**

	Stellen 2015	Stellen 2016	Stand 30.09.15
Geschäftsführer	1,05	1,05	1,05
Beschäftigte	55,70	55,96	49,79
<b>Gesamt</b>	<b>56,75</b>	<b>57,01</b>	<b>50,84</b>
Nachrichtlich:			
Azubis/BA-Studenten	7,00	9,00	8,00
Aushilfsbeschäftigte	0,00	0,00	0,00



**4. Anlagen zum Wirtschaftsplan (§ 16 II EigVO RHP)**

**4.1 a) Betriebsmittelkreditermächtigung**

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird auf 1.500 T€ festgelegt.

**4.1 b) Kreditbedarf**

entsprechend Vermögensplan 2016	T€	2.841 ***
---------------------------------	----	-----------

\*\*\* rechnerischer Wert, ohne Zuflüsse aus Dividende und Zuzahlungsvereinbarung (den Sockelbetrag – siehe Ausführungen im Wirtschaftsplan – überschreitend).

Im Bedarfsfall ist eine entsprechende Kreditermächtigung durch den Aufsichtsrat zu erteilen.

**4.2 Finanzplan 2017– 2021**

**5. Beteiligung EnergieSüdwest AG**

Im Bereich der Beteiligung ist insbesondere darauf hinzuweisen, dass von Seiten der EnergieSüdwest AG noch keine Dividende in das Planergebnis eingeflossen ist. Insgesamt kann für das Planungsjahr 2016 erwartet werden, dass der Zufluss aus der Beteiligung an der EnergieSüdwest AG sowie aus der Zuzahlungsvereinbarung das durch die operativen Verluste generierte Liquiditätsdefizit der Stadtholding Landau in der Pfalz GmbH ausgleichen wird. Handelsrechtlich wird es, ggf. durch eine Verrechnung mit den bisher aufgebauten Gewinnvorträgen, nach wie vor möglich sein, ein positives Bilanzergebnis auszuweisen. Unabhängig davon wird die Geschäftsführung im Vollzug des Wirtschaftsplanes ein positives Ergebnis noch vor Verrechnung mit Gewinnvorträgen anstreben.



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)**

**Neubesetzung von Ausschüssen; Wahl eines stellvertretenden Mitglieds in den Verwaltungsrat der Sparkasse Südliche Weinstraße**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Hauptamtes vom 27. November 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Stadtrat wählt Herrn Ralf Eggers, Maxburgstraße 15, 76829 Landau in der Pfalz als stellvertretendes Mitglied in den Verwaltungsrat der Sparkasse Südliche Weinstraße.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)**

**Schaffung von weiteren zusätzlichen Stellen beim Jugendamt im Zusammenhang mit der aktuellen Flüchtlingssituation**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Personal- und Organisationsabteilung vom 19. November 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Freiermuth fragte an, ob daran gedacht sei, eine Stelle für die Rückführung von Flüchtlingen zu schaffen.

Bürgermeister Hirsch entgegnete, dass dies bereits mit dem ersten Paket im November beschlossen worden sei.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**dass die Verwaltung beim Jugendamt insgesamt eine weitere Stelle bereits vor Verabschiedung und Genehmigung des Stellenplans 2016 zeitnah besetzen kann. Es wird eine Befristung zunächst bis zum 31.12.2017 vorgenommen.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

**Besetzung der ausgeschriebenen Stellen im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Personal- und Organisationsabteilung vom 8. Dezember 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Es wird zugestimmt, dass den ausgewählten Bewerbern bzw. Bewerberinnen, für deren Einstellung der Stadtrat bzw. Hauptausschuss nach § 47 Abs. 2 GemO zustimmen muss, bereits zeitnah eine Einstellungszusage erteilt werden kann.**

**Der Hauptausschuss wird in seiner nächsten Sitzung über die Personalauswahl entsprechend informiert.**





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

**Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 1. Dezember 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**der Annahme nachfolgender Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an die Stadt Landau sowie von der Sparkassenstiftung an Dritte, über die der Oberbürgermeister entscheidet oder dem Stiftungskuratorium einen Verwendungsvorschlag unterbreitet, zuzustimmen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)**

**Kommunales Investitionsprogramm 3.0 Rheinland-Pfalz (KI 3.0)**

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage der Kämmereiabteilung vom 3. Dezember 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Hirsch erläuterte die Sitzungsvorlage. Dieses Programm rette ein Stück weit den Haushalt 2016. 90 % der Investitionskosten könnten über dieses Programm finanziert werden.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion dies mittragen werde. Sie bedauere, dass für den sozialen Wohnungsbau wieder einmal nichts vorgesehen sei.

Ratsmitglied Freiermuth wollte wissen, ob es ein Projekt für Kommunen hinsichtlich des Breitbandausbaus gebe.

Bürgermeister Hirsch entgegnete, dass sozialer Wohnungsbau ausdrücklich nicht Bestandteil dieses Programms sei. Im Bereich Breitbandausbau habe man 400.000 Euro aufgenommen.

Ratsmitglied Wagner wollte wissen, was mit diesen 400.000 Euro für den Breitbandausbau konkret gemeint sei.

Bürgermeister Hirsch erläuterte, dass man im nächsten Jahr eine Strategie zum Breitbandausbau entwickeln werde.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**1. im Vorgriff auf die Beschlussfassung zum Haushalt 2016 die folgenden Maßnahmen nach den festgelegten Prioritäten**

1. **Eduard-Spranger-Gymnasium- Energetische Sanierung (Fassade und Fenster, Kostenvolumen 2,77 Mio. Euro)**
2. **Grundschule Horstring- Energetische Sanierung (Fenster, Kostenvolumen 625.000 Euro)**
3. **Schule im Fort- Energetische Sanierung (Blöcke C und G sowie D und J, Fenster und Dach, Kostenvolumen 982.000 Euro)**
4. **Digitalisierung/Breitbandausbau im Stadtgebiet (Kostenvolumen 400.000 Euro)**
5. **Katholische Kindertagesstätte Christ König- Umbaumaßnahmen U-3 Ausbau (Kostenvolumen 100.000 Euro)**
6. **Turnhalle Nussdorf- Energetische Sanierung (Dach, Kostenvolumen 130.000 Euro)**

**2. Förderanträge im Rahmen des KI 3.0 beim zuständigen Fördermittelressort einzureichen.**

**Die Haushaltsmittel sind im Haushalt 2016 veranschlagt. Der Maßnahmenbeginn steht unter Vorbehalt der Zustimmung zum Haushalt 2016 und der Förderzusage durch die Fördermittelgeber.**



**Sollte die Maßnahme Ziffer 5. „Katholische Kindertagesstätte Christ König“ nicht im Rahmen von KI 3.0 förderfähig sein, besteht Einvernehmen, dass aufgrund der Unabweisbarkeit und Unaufschiebbarkeit ein gesonderter Beschluss des Stadtrates zur Durchführung und Finanzierung der Maßnahme im Haushaltsjahr 2016 herbeigeführt werden muss.**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

**Satzungen der Stadt Landau in der Pfalz über die Einrichtung gemeinnütziger Vermögensmassen**

**a) „Ein- und Aufbauten Grüngürtel Süd“**

**b) „Ein- und Aufbauten Parkanlage Grüne Fuge“**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 18. November 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Marquardt wollte wissen, ob Kosten entstehen würden.

Herr Messemer erklärte, dass keine Kosten entstehen würden.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. die als Anlage beigefügte „Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Einrichtung einer gemeinnützigen Vermögensmasse ‚Ein- und Aufbauten Grüngürtel Süd‘“.**
- 2. die als Anlage beigefügte „Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Einrichtung einer gemeinnützigen Vermögensmasse ‚Ein- und Aufbauten Parkanlage Grüne Fuge‘“.**
- 3. die Verwaltung zu beauftragen, die innerorganisatorische Zuständigkeit bzw. Verantwortlichkeit für die Beachtung der Satzungen zu regeln.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)**

**Änderung der Friedhofssatzung und der Friedhofsgebührensatzung**

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 16. November 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Bürgermeister Hirsch erläuterte die Vorlage. Auch auf unseren Friedhöfen wolle man alternative Bestattungsformen anbieten. Gute Erfahrungen habe man mit dem Memoriamgarten gemacht, den man als erste Kommune in Rheinland-Pfalz angeboten habe. Künftig wolle man Baumbestattungen auf einem eigens angelegten Grabfeld auf dem Hauptfriedhof ermöglichen. Hierzu benötige man die Satzungsänderung.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

- 1. den als Anlage beigefügten Entwurf einer „Satzung zur Änderung der Friedhofssatzung der Stadt Landau in der Pfalz“ als Satzung.**
- 2. den als Anlage beigefügten Entwurf einer „Satzung zur Änderung der Friedhofsgebührensatzung der Stadt Landau in der Pfalz“ als Satzung.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)**

**Änderung der Sondernutzungssatzung Steuerung der Werbeanlagen im Straßenbild**

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 24. November 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Hirsch erläuterte die Vorlage. Nach dem letzten Beschluss habe man dem Einzelhandel eine Modifizierung versprochen. Gerade die kleineren Betriebe seien durch die höheren Gebühren stark belastet. Jetzt halbiere man den Preis, dafür limitiere man aber die Anzahl der Schilder auf ein Schild je Geschäft. Ab dem Jahr 2017 wolle man auf Werbefahnen verzichten. Hier werde es eine Übergangsfrist geben. Der AKU sei mit dieser Neuregelung einverstanden.

Ratsmitglied Hartmann sah in der jetzigen Regelung einen vollen Erfolg. Die Maßnahme habe sich insbesondere für Rollstuhlfahrer und Personen mit Kinderwagen deutlich entspannt. Deshalb werde man der Sitzungsvorlage nicht zustimmen.

Ratsmitglied Dr. Migl erklärte, dass die Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion für die Vorlage sei. Es sei dies das Eingeständnis, dass der Preis zu hoch gewesen sei. Dies sei jetzt eine angemessene Korrektur. Die eingeräumten Übergangsfristen halte sie für sehr sinnvoll. Ausnahmen würde sie eher bei kleineren Betrieben zulassen und nicht bei großen, die ohnehin bessere Möglichkeiten hätten.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 32 Ja,- 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung:

- 1. den als Anlage 1 beigelegten Entwurf einer „Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die Sondernutzung an öffentlichen Straßen“ (Sondernutzungssatzung) als Satzung.**
- 2. Der Stadtrat stimmt der Änderung der Genehmigungspraxis für Sondernutzungen dahingehend zu, dass**
  - a) ab dem 01.01.2017 die Aufstellung von Werbefahnen im Straßenraum nicht mehr zugelassen wird.**
  - b) pro Ladengeschäft / Gewerbeeinheit ab dem 01.01.2017 nur noch ein Werbeklappschild genehmigt wird. Ausnahmen sind bei großen Gewerbeeinheiten mit mehreren Eingängen möglich.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)**

**Städtebauliche Entwicklungsmaßnahme Konversion Landau Süd; Gestaltungssatzung für den Bereich „Wohnpark Am Ebenberg“**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 3. November 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Über diese Gestaltungssatzung habe es eine breite Diskussion gegeben.

Ratsmitglied Wagner kritisierte, dass es hinsichtlich der Außenwerbung eine Ausnahme für den geplanten Supermarkt gebe. Auch aus diesem Grund stimme er dieser Vorlage nicht zu.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 38 Ja,- 1 Nein-Stimme und 1 Enthaltung:

**Die der Sitzungsvorlage als Anlage beigefügte Gestaltungssatzung für den Bereich „Wohnpark Am Ebenberg“.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)**

**Städtebau-Förderprogramm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“; - Beschluss des Innenstadtentwicklungskonzeptes, - Beschluss der Ausweisung eines Stadtumbauebietes für einen Teilbereich der Innenstadt („Aktives Stadtzentrum Landau“)**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 2. Dezember 2015, auf die hingewiesen wird. Er werde diese Vorlage heute einbringen, beraten und entscheiden könne der Stadtrat dann in der nächsten Sitzung im Januar. Das Innenstadtentwicklungskonzept sei Grundlage für die Aufnahme ins Förderprogramm Aktive Stadt- und Ortsteilzentren. Stadtentwicklung hänge nicht an Zufällen, sondern bedürfe der Planung. Mit diesem Konzept gebe es Planungssicherheit. Mit diesem Programm sei viel Geld für die Stadt zu gewinnen. Stadtentwicklung gehe immer weiter, wenn auch vielleicht nicht immer im gleichen Tempo. Wichtig sei das Mobilitätserschließungskonzept für alle Verkehrsarten. Finanzieren könne man damit auch Studien wie beispielsweise den Masterplan öffentlicher Raum, in dem es um die Neuausrichtung der Oberen Marktstraße und um die Schaffung von barrierefreiem Wohnraum im alten Bestand gehe. Auch die Erlebbarkeit der Queich sei in diesem Zusammenhang genannt. Förderung könne man erhalten für Investitionen zur Instandsetzung und zum Erhalt von stadtbildprägenden Gebäuden. Wichtig sei in diesem Zusammenhang die Bürgerbeteiligung mit Durchführung von Wettbewerben, Workshops und Diskussionsrunden. Das Konzept sei auf einen Zeitraum von 20 Jahren ausgelegt und somit kein unveränderliches Werk. Das Bild einer Stadt sei immer ein Gemeinschaftswerk vieler. Ihm sei es wichtig gewesen, diese Vorlage heute einzubringen. Man könne dies nun im Bauausschuss im Januar beraten und dann im Stadtrat am 26. Januar 2016 beschließen.





Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

**Aufhebung der "Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die förmliche Festsetzung des Sanierungsgebietes 'Altstadt Landau Süd-West'"**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 10. November 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl fragte, ob es durch die Aufhebung der Satzung Nachteile für das Haus Maulbeerbaum gebe.

Herr Kamplade erklärt, dass es keine Nachteile gebe.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

1. **Die „Satzung der Stadt Landau in der Pfalz über die förmliche Festsetzung des Sanierungsgebietes ‚Altstadt Landau Süd-West‘“ vom 15. Juni 1993, geändert durch die „Satzung der Stadt Landau in der Pfalz zur Änderung der Satzung über die förmliche Festsetzung des Sanierungsgebietes ‚Altstadt Landau Süd-West‘“ vom 22. August 2000, wird aufgehoben.**
2. **Die Verwaltung wird beauftragt, den zuständigen Gutachterausschuss für Grundstückswerte für den Bereich Rheinpfalz mit der Erstellung von grundstücksbezogenen Einzelgutachten zur Ermittlung des sanierungsbedingten Ausgleichsbetrages gemäß § 154 Baugesetzbuch (BauGB) für diejenigen Grundstücke, für die der Ausgleichsbetrag noch nicht abschließend ermittelt und erhoben wurde, zu beauftragen.**
3. **Die Verwaltung wird beauftragt, mit den noch ausstehenden ausgleichsbetragspflichtigen Eigentümern im Sanierungsgebiet „Altstadt Landau Süd-West“, auf Grundlage der vom zuständigen Gutachterausschuss für Grundstückswerte für den Bereich Rheinpfalz erstellten grundstücksbezogenen Einzelgutachten Erörterungsgespräche gemäß § 154 Abs. 4 BauGB zu führen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)**

**Bebauungsplan „DH 7 – Erweiterung Gewerbegebiet Im Grein“ der Stadt Landau in der Pfalz; Satzungsbeschluss**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 6. November 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Marquardt hielt dieses Gebiet für zu sensibel für ein solch großes Gebäude. Auch die Verkehrsanbindung sei hier nicht durchdacht. Aus diesen Gründen werde er gegen die Sitzungsvorlage stimmen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 40 Ja- und 1 Nein-Stimme:

1. **Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplans "DH 7 – Erweiterung Gewerbegebiet Im Grein" vom März 2015 gemäß den Abwägungsvorschlägen der beigefügten Synopse vom August 2015 (Anlage 3: 1. formelle Beteiligung) abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
2. **Gemäß § 1 Abs. 7 BauGB werden die im Rahmen der erneuten Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4a Abs. 3 i. V. m. § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen zum Entwurf des Bebauungsplans "DH 7 – Erweiterung Gewerbegebiet Im Grein" vom August 2015 gemäß den Abwägungsvorschlägen der beigefügten Synopse vom November 2015 (Anlage 3: 2. formelle Beteiligung) abgewogen. Die Synopse ist Bestandteil dieses Beschlusses.**
3. **Gemäß § 10 BauGB wird der Bebauungsplan "DH 7 – Erweiterung Gewerbegebiet Im Grein" in der Fassung vom November 2015 als Satzung beschlossen und die Begründung gebilligt (Anlage 1 und 2)**



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 16. (öffentlich)

**Bebauungsplan "ND 9 - Oskar-von-Miller-Straße"; Aufstellungsbeschluss**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 18. November 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 1 Enthaltung:

- 1. Für das in der Anlage umgrenzte Gebiet in den Gemarkungen Landau und Nußdorf wird der Bebauungsplan „ND9 – Oskar-von-Miller-Straße“ aufgestellt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB auf der Grundlage der in dieser Begründung dargestellten Planungsziele vorzunehmen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 17. (öffentlich)**

**Änderung des Vertrages über die gemeinsame Vergabestelle im Verkehrsverbund Rhein-Neckar**

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 16. November 2015, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Änderung des Vergabestellenvertrages wird zugestimmt.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 18. (öffentlich)**

**Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Resolution zur Solidarisierung mit den Studierendenprotesten**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 1. Dezember 2015. Es gebe zusätzlich hierzu einen Entwurf der CDU-Stadtratsfraktion vom 14. Dezember 2015. Die Frage sei, ob eine Verständigung der Fraktionen zu einem gemeinsamen Resolutionstext bis zur Sitzung im Januar möglich sei.

Ratsmitglied Hartmann begründete den Antrag. Es sei keine Option, eine Resolution auf Januar zu verschieben. Er halte es für wichtig, sich zu solidarisieren mit den Anliegen der Studierenden. Von einer Solidarisierung stehe aber in der Formulierung der CDU-Fraktion nichts mehr. Die Punkte im Resolutionsentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen seien die Forderungen der Studierenden und nicht irgendeiner Partei. Es gehe nämlich gerade nicht um Forderungen der Parteien, sondern um die Unterstützung der Studierenden. Er bitte um Unterstützung des Resolutionstextes seiner Fraktion.

Ratsmitglied Lerch betonte, dass das Thema Universität und Raumnot nicht neu sei. Unbestritten sei, dass die Universität Landau im Vergleich mit anderen Universitäten deutlich unterfinanziert sei. Die Proteste der Studierenden seien daher auch substantiell begründet. Von daher würde er eine Resolution mit breiter Mehrheit begrüßen, um so der Sache der Studierenden zu dienen. Im Resolutionstext der Grünen finde sich aber 80 % Parteirhetorik. Eine Begrenzung auf die 6 Spiegelstriche hätte der CDU-Fraktion eine Zustimmung ermöglicht. Mit dem ergänzenden Entwurf der CDU-Fraktion wolle man versuchen, eine gemeinsame Grundlage zu schaffen.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron war der Meinung, dass Resolutionen durchaus eine Wirkung hätten. Von dem vorgelegten Resolutionsentwurf der Grünen habe er aus der Presse erfahren. Es habe keinen Versuch einer inhaltlichen Abstimmung gegeben. Wenn es um die Sache gehe, sollte es möglich sein, eine breite Mehrheit zu schaffen. Grundsätzlich sei dies ein begrüßenswertes Engagement der Studierenden. Es wäre vielleicht auch ein Zeichen gewesen, wenn die Kommune Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt hätte. Dies wäre ein wichtiges Signal gewesen. Er schlage vor, die bestehenden Vorschläge bis zur Stadtratssitzung am 26. Januar zusammenzuführen. Dies würde der Sache mehr dienen als eine knappe Entscheidung heute oder gar eine Ablehnung.

Ratsmitglied Freiermuth erklärte, dass Solidarität kein Selbstzweck sein dürfe. In der Sache selbst renne die Fraktion der Grünen hier offene Türen ein. Es gebe sicherlich nicht nur in Landau, sondern auch in anderen Universitäten Probleme. Probleme würden aber sicher nicht von heute auf morgen gelöst. Er denke, dass eine Resolution sehr wohl gehört werde. Die FWG-Stadtratsfraktion sei daher durchaus für eine Resolution, allerdings halte er den Entwurf der CDU-Fraktion für wesentlich konkreter.

Ratsmitglied Wagner fand den Resolutionsentwurf der Grünen aus Studierendensicht wesentlich schlüssiger. Es mache keinen Sinn, die Wiedereinführung von Studiengängen zu fordern. Das derzeitige Problem sei ja ein akuter Personalmangel und eine Unterfinanzierung.

Ratsmitglied Hartmann sah kein Argument von CDU und SPD, dass gegen seine Resolution sprechen würde. Er schlage als Kompromiss vor, nur den ersten Satz plus die Spiegelstriche als Resolutionstext zu beschließen. Alles andere könne man streichen.

Ratsmitglied Dr. Bals teilte mit, dass die CDU-Stadtratsfraktion mit dem Kompromissvorschlag von Herrn Hartmann sehr gut leben könne.

Ratsmitglied Lerch appellierte an die SPD-Stadtratsfraktion, über den Schatten zu springen und zuzustimmen.



Ratsmitglied Dr. Ingenthron beantragte eine Sitzungsunterbrechung.

*Der Vorsitzende unterbrach um 17.15 Uhr die Sitzung.*

*Der Vorsitzende eröffnete um 17.20 Uhr erneut die unterbrochene Sitzung.*

Ratsmitglied Dr. Ingenthron erklärte, dass die SPD-Stadtratsfraktion dem modifizierten Resolutionsentwurf zustimmen werde.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**auf Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion folgende Resolution:**

**Der Stadtrat der Stadt Landau begrüßt die Studierendenproteste, die am 23. November 2015 ihren Anfang an unserer Universität nahmen, und solidarisiert sich mit diesen.**

**Deshalb sprechen wir uns dafür aus, dass die Forderungen der Studierenden von eben jenen Akteuren gehört wird, die handeln können, und wollen diese im Rahmen unserer kommunalen Möglichkeiten soweit es geht unterstützen. Dazu gehört:**

- **Kapazitäten schaffen für ein Studium in Regelstudienzeit**
- **Garantierter Masterplatz für alle Bachelorabsolventen Landaus**
- **Begrenzung der Quote für Lehraufträge auf unter 10 %**
- **Stärkung der Grundfinanzierung durch mehr unbefristete Stellen im Mittelbau**
- **Zusätzliche Räumlichkeiten, insbesondere große Hörsäle**
- **Erhalt des Studienangebots am Universitätsstandort Landau**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 19. (öffentlich)**

**Antrag der CDU-Stadtratsfraktion; Raumnot der Universität in Landau**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 4. Dezember 2015, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Unabhängig von diesem Antrag habe man bereits geprüft, ob man den Ratssaal zur Verfügung stellen könne. Dies sei leider nicht möglich, da er täglich belegt sei. Im Moment habe man das Foyer des DiZaP zur Verfügung gestellt. An Nachmittagen könne man auch Schulräume für Seminare zur Verfügung stellen.

Ratsmitglied Lerch begründete den Antrag. Bei dem Antrag gehe es der CDU-Fraktion nicht um Wahlkampf, sondern um gelebte Solidarität.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron hielt den Antrag für sinnvoll, da er praktisch und lebensnah sei.

Ratsmitglied Freiermuth wies darauf hin, dass die Aula in der Berufsbildenden Schule nachmittags nicht immer belegt sei. Hier gäbe es vielleicht eine Möglichkeit für die Universität. Möglicherweise gelte dies auch für die Maria-Ward-Schule. Dies sollte man aber absprechen.

**Eine Abstimmung erfolgte nicht.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 20. (öffentlich)**

**Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Ausweitung der Sondernutzung für Außenbewirtung**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 20. November 2015, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Kolain begründete den Antrag. Landau sei eine Stadt, in der sich eine schöne Biergartenkultur entwickelt habe. Es sei der Wunsch vieler, im Sommer auch länger als 23.00 Uhr draußen zu bleiben. Natürlich müsse man auch die Anwohner im Blick behalten und deren Interessen berücksichtigen. Deshalb habe man versucht, in dem Antrag beiden Seiten gerecht zu werden und einen ausgewogenen Kompromiss zu finden.

Ratsmitglied Lerch hielt dies für einen prüfenswerten Antrag. Man sollte dies aber im Ausschuss besprechen.

Ratsmitglied Freiermuth schloss sich der Meinung von Herrn Lerch an, dies in den Ausschuss zu geben. Er halte dies für eine schwierige Entscheidung.

Ratsmitglied Wagner fand den Antrag ebenfalls begrüßenswert. In einer Stadt sei seit Jahrtausenden der Marktplatz der Mittelpunkt jeder Gemeinschaft.

Ratsmitglied Schowalter begrüßte diesen Antrag ebenfalls, weil er sehr ausgewogen sei. 40 Stunden mehr im Jahr seien durchaus verkraftbar.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 20. November 2015, die Sondernutzung für Außenbewirtungsflächen für die Monate Mai bis September bis 24 Uhr an Freitagen und Samstagen auszuweiten, wird in den Hauptausschuss verwiesen.**





**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 21. (öffentlich)**

**Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Wohnungsbau Alter Messplatz**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 1. Dezember 2015, der dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Ratsmitglied Hartmann begründete den Antrag. Es sei schwierig, ökologisch nicht besonders wertvolle Flächen für den Bau von Mehrfamilienhäusern zu finden. Die Parkraumanalyse habe gezeigt, dass der Alte Messplatz nie voll ausgelastet sei. Daher habe man die Überlegung, ob im Bereich der Süwegahalle nach deren Abriss bebaut werden könnte. Interessant wäre dies beispielsweise für eine Studierendenwohngemeinschaft. Er schlage vor, dies im Bauausschuss zu beraten.

Ratsmitglied Marquardt hielt diese Fläche für eine Wohnbebauung für denkbar ungünstig.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 41 Ja- und 1 Nein-Stimme:

**Der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 1. Dezember 2015, für die freiwerdenden Flächen im Nordosten des Altes Messplatzes einen Investor für ein Wohnbauprojekt zu suchen, wird in den Bauausschuss verwiesen.**



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 22. (öffentlich)**

**Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion; Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für Flüchtlinge und Asylbewerber innerhalb der Stadtverwaltung**

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion vom 7. Dezember 2015, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Migl begründete den Antrag. Es gebe aktuell neue Geldquellen. Zum einen Bundesmittel und zum anderen Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds. Dieser Antrag sollte in die Haushaltsberatungen im Januar aufgenommen werden. Die Stadtverwaltung sollte hier eine Vorbildfunktion einnehmen, zumal die Forderung nach 5 zusätzlichen Stellen noch sehr moderat sei. Wichtig sei, dass dies Menschen mit Sprachkenntnissen und mit einer Bleibeperspektive seien.

Bürgermeister Hirsch machte deutlich, dass in der Verwaltung ständig Praktikumsstellen für alle Schichten angeboten werden. Für das Projekt Beschäftigungspilot nutze man bereits den Europäischen Sozialfonds. Für das Jahr 2016 sei das Ausweisen von Stellen im städtischen Stellenplan keine Option.

Ratsmitglied Follenius-Büssow hielt es für wichtig, dass Flüchtlinge und Asylbewerber in Arbeit kommen. Junge Flüchtlinge könnten auch den Bundesfreiwilligendienst absolvieren. Diese Initiative sollte man in diesem Zusammenhang nicht vergessen.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

**Der Antrag der Pfeffer und Salz-Stadtratsfraktion, in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter und der Bundesagentur für Arbeit 5 Praktikumsstellen und Arbeitsplätze für Flüchtlinge und Asylbewerber innerhalb der Stadtverwaltung zu schaffen, wird in die Haushaltsberatungen 2016 verwiesen.**



## **Niederschrift des Tagesordnungspunktes 23. (öffentlich)**

### **Verschiedenes**

Ratsmitglied Dr. Migl bat um Informationen zu dem Fall einer Beschäftigten im städtischen Klinikum.

Der Vorsitzende entgegnete, dass der Aufsichtsrat informiert sei. Man werde in regelmäßigen Abständen vom Gesundheitsamt überprüft.

Der Vorsitzende verabschiedete sich am Ende der Ratssitzung von den Ratsmitgliedern. Es sei dies nach 36 ½ Jahren seine letzte Ratssitzung gewesen. In dieser Zeit habe sich die Stadt Landau deutlich verändert. Es habe wunderbare Erlebnisse in all den Jahren gegeben. Viele Herausforderungen seien zu bewältigen gewesen. Immer aber sei es beglückend gewesen, für die Stadt zu arbeiten. Sein Dank gelte auch der guten Kultur des Rates. Jetzt sei es vorbei und das sei gut so. Er habe es selbst so entschieden. Alles was in dieser Stadt gelaufen sei, sei auch das Verdienst einer bombastischen Verwaltung mit exzellenten Leuten. Ab 1. Januar sei er einfacher Bürger dieser Stadt. Dem Rat, der neuen Stadtspitze und der Verwaltung wünsche er alles Gute.

**Der Stadtrat verabschiedete sich vom scheidenden Oberbürgermeister mit langanhaltendem Applaus.**



**Nichtöffentliche Sitzung**

.....

*Der Vorsitzende unterbrach um 18.15 Uhr die Stadtratssitzung.*



**Öffentliche Sitzung**

**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 24. (öffentlich)**

**Ernennung des Oberbürgermeisters, Vereidigung und Einführung in das Amt**



*Der Vorsitzende setzte die unterbrochene Ratssitzung um 19.00 Uhr im Kulturzentrum Altes Kaufhaus fort.*

Der Vorsitzende begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste zur Amtseinführung des neuen Oberbürgermeisters und des neuen Bürgermeisters. Es sei dies heute ein denkwürdiger Tag für die Stadt, in dem er seine Amtskette an seinen Nachfolger übergebe. Landau sei zweifellos eine „große Stadt“ mit einer durchaus bescheidenen Amtskette. Am 1. Januar würden „zwei Landaacher Buwe“ die Amtsgeschäfte übernehmen. Beide hätten in unterschiedlicher Weise ihren Weg gemacht. Das Kontinuum in einer Demokratie sei der Wechsel oder wie es der frühere Bundespräsident Theodor Heuss ausgedrückt habe: „Das charakteristische an der Demokratie ist die Herrschaft auf Zeit“. Beim Blick in die Welt müsse man dankbar sein für diese funktionierende demokratische Kultur. Zur demokratischen Kultur gehöre immer auch der Kompromiss. Es sei gerade der Kompromiss, der unsere Stadt präge.

Mit Thomas Hirsch komme ein gelernter Demokrat ins Amt des Oberbürgermeisters. Thomas Hirsch habe Verwaltung von der Pike auf gelernt – als Pressesprecher der Stadt, dann als Geschäftsführer der Stadtholding und schließlich in den vergangenen 8 Jahren als Bürgermeister. Nun gebe er als Oberbürgermeister das Staffelholz weiter und damit auch viele Projekte und Aufgaben. Es bleibe viel zu tun und zu gestalten zum Beispiel im Bereich der Stadtentwicklung, die mit dem Ende der Landesgartenschau nicht aufhöre. Stadtentwicklung finde immer statt, denn Stillstand sei Rückschritt. Das Amt des Oberbürgermeisters sei gleichermaßen eine wunderschöne und herausfordernde Aufgabe. Dieses Amt hätten die Bürgerinnen und Bürger Landaus nach einem offenen und fairen Wahlkampf Thomas Hirsch übertragen. Als Oberbürgermeister sei er künftig der Takt- und Impulsgeber, der eine Verwaltung steuern und Bürger motivieren müsse. Er bitte um Loyalität für den künftigen Oberbürgermeister und auch für den künftigen Bürgermeister, auch um Unterstützung gerade in schwierigen Zeiten.

Der Vorsitzende überreichte Herrn Hirsch die Ernennungsurkunde und ernannte ihn mit Wirkung vom 1. Januar 2016 zum Oberbürgermeister der Stadt Landau.

#### **Herr Hirsch legte anschließend seinen Amtseid ab.**

Der Vorsitzende übertrug dem künftigen Oberbürgermeister dann mit Wirkung vom 1. Januar 2016 den Geschäftsbereich für das Dezernat I und übergab ihm die Amtskette.

Herr Hirsch bedankte sich für die vielen guten Wünsche. Die Rede von Herrn Hirsch ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Dies sei für ihn keine Stunde der langen Reden, sondern vielmehr eine Stunde des Respektes und der Dankbarkeit. Respekt vor der Entscheidung des Wählers und auch vor der Leistung seiner Vorgänger im Amt. Dankbarkeit verspüre er gegenüber seiner Familie, die ihm diesen Einsatz erst ermögliche. Er habe Respekt vor der großen Herausforderung, die vor ihm liege. Die Intention seiner Arbeit sei eine solidarische Gesellschaft. Eine der größten Aufgaben werde dabei die Schaffung von Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten sein. Sein Dank gelte dem Oberbürgermeister für das bisherige gute Miteinander.

Er freue sich nun auf die neue Herausforderung und auf die Zusammenarbeit in der neuen Stadtspitze. Mit Zuversicht und Gottvertrauen wolle er an der Zukunft der Stadt

bauen. Dabei gelte für ihn das Wort des Psalmisten: „Wenn der Herr nicht das Haus baut, so arbeiten umsonst, die daran bauen, wenn der Herr nicht die Stadt behütet, so wacht der Wächter umsonst.“



**Niederschrift des Tagesordnungspunktes 25. (öffentlich)**

**Ernennung des 1. hauptamtlichen Beigeordneten (Bürgermeister), Vereidigung und Einführung in das Amt**

Der Vorsitzende würdigte, dass mit Herrn Dr. Ingenthron ein erfahrener Kommunalpolitiker in das Amt des Bürgermeisters wechsele. Er habe „Ratsluft“ nicht nur geschnuppert, sondern in 26 Jahren maßgeblich aktiv mitgestaltet. Hinzu komme, dass er durch seine Arbeit für die Ministerpräsidenten Kurt Beck und Malu Dreyer auch Erfahrungen auf Landesebene habe. Dr. Ingenthron lege ebenso wie Thomas Hirsch Wert auf ein gutes Miteinander. Dies sei aber sicherlich nicht immer einfach.

Der Vorsitzende überreichte Herrn Dr. Ingenthron die Ernennungsurkunde und ernannte ihn mit Wirkung vom 1. Januar 2016 zum 1. hauptamtlichen Beigeordneten - Bürgermeister - der Stadt Landau.

**Herr Dr. Ingenthron legte anschließend seinen Amtseid ab.**

Der Vorsitzende übertrug dem künftigen Bürgermeister dann mit Wirkung vom 1. Januar 2016 den Geschäftsbereich für das Dezernat II.

Herr Dr. Ingenthron bedankte sich für die vielen guten Wünsche. Die Rede von Herrn Dr. Ingenthron ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

Er freue sich auf die Zusammenarbeit mit dem künftigen Oberbürgermeister und dem gesamten Stadtvorstand. Viele hätten ihn in diesem Jahr unterstützt. Für diese Unterstützung und das große Maß an Vertrauen wolle er danken. Seine Motivation sei das Wohl der Stadt und seiner Bürgerinnen und Bürger. Es sei sein Ziel, dass die Menschen Landau als Heimat mit Zukunft empfinden. Die vielen Vereine und Organisationen stünden beispielhaft für das großartige Engagement der Menschen. Er wolle ein guter Bürgermeister sein, mit kritischer Distanz, aber auch mit Neigung und Nähe wo immer dies möglich sei. Leidenschaft, Engagement und gute Ideen wolle er einbringen, um hoffentlich zu stets richtigen Entscheidungen zu kommen. Dies immer mit dem Wissen, dass der größte Schatz dieser Stadt die Menschen seien. Man stehe vor großen Herausforderungen, die man aber mit Zuversicht angehen könne. Dafür werde er sein Bestes geben.



Die Niederschrift über die 14. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 15.12.2015 umfasst 34 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 276.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer  
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch  
Bürgermeister

Markus Geib  
Schriftführer

Rudi Klemm  
Beigeordneter